

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Planungsausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 23.08.2022
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	22:00 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Kay Burmester	CDU
---------------	-----

Mitglieder

Johanna Bergstein	CDU	
Wolfgang Dutsch	CDU	
Jörg Keller	CDU	
Manfred Eichhorn	SPD	
Sophia Jacobs-Emeis	SPD	
Willibald Ulbrich	Bündnis 90 / Die Grünen	bis 21:45 Uhr
Klaus Koschnitzke	FDP	
Martin Schumacher	FDP	
Angela Drewes	WSI	
Bastian Sue	DIE LINKE	
Olaf Wuttke	Fraktionslos	

Jugendbeirat

Finn Justus Bödding	Jugendbeirat
---------------------	--------------

Seniorenbeirat

Gabriele Winter	Seniorenbeirat
-----------------	----------------

Verwaltung

Gernot Kaser	Bürgermeister	bis 21:00 Uhr
Karl-Heinz Grass	Fachdienstleitung 2-61	
Anneka Warsitz	Fachdienstleitung 2-63	
Katrin Matthies	Protokollführung	
Angela Gärke	Justizariat	zu TOP 1
Christiane Maylahn	Leitstelle Umweltschutz	zu TOP 4
Elisabeth Hoppe	Fachdienst 2-61	zu TOP 5
Angela Hans	Fachdienst 1-30	zu TOP 6
Wolfgang Huckfeldt	Fachdienst 1-30	zu TOP 6

Abwesend

Mitglieder

Christian Freitag	SPD	entschuldigt
Rainer Hagendorf	Bündnis 90 / Die Grünen	entschuldigt

Umweltbeirat

Bianka Sievers	Umweltbeirat	entschuldigt
----------------	--------------	--------------

Verwaltung

Gisela Sinz		entschuldigt
-------------	--	--------------

Gäste:

Zu TOP 4.1:	Frau Ojowski	Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein
	Frau Voss	Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein
Zu TOP 4.2:	Frau Dr. Klocke	Stiftung Lebensraum Elbe
Zu TOP 5:	Herr Wedepohl	Büro PROJECT M
Zu TOP 6:	Herr Lassen	Polizei Wedel

12 Einwohner*innen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Er weist auf die vorsorgliche Ladung zur Fortsetzung der Sitzung am 30.08.2022 hin und kündigt an, den öffentlichen Teil der Tagesordnung um 21:45 Uhr zu schließen, um den nichtöffentlichen Teil heute noch beraten zu können. Für diese Vorgehensweise herrscht allgemeines Einverständnis.

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen
- 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen
- 2 Anhörung der Beiräte
- 3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 14.06.2022
- 4 Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein und Stiftung Lebensraum Elbe; hier: Vorstellung ihrer Tätigkeiten in Wedel MV/2022/053
- 4.1 Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein
- 4.2 Stiftung Lebensraum Elbe
- 5 Präsentation Sachstand Machbarkeitsstudie Stadthafen Wedel
- 6 Verkehrssicherheitsbericht 2021 MV/2022/051
- 7 neue Haltestelle (Busbucht) an Pinneberger Straße Höhe Eggernkamp (ggü. Fahrenkamp) für neue Buslinie 395 - Sachstand MV/2022/055
- 8 Anfrage FDP-Fraktion vom 01.07.2022 MV/2022/058
hier: Beantwortung der Fragen zum Thema "Wedeler Marsch und Autal"

- 9 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"
- 9.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung
- 10 Wohnungsbaugebiet Wedel Nord
- 10.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung zum Bauprojekt
- 10.2 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung zur Umsetzung der Begleitbeschlüsse zum Rahmenplan
- 11 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 11.1 Bericht der Verwaltung
- 11.2 Anfragen der Politik
- 11.3 Sonstiges

Nichtöffentlicher Teil

- 12 Genehmigung des nichtöffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 14.06.2022
- 13 Mitteilung über bedeutsame Vorhaben MV/2022/049
- 14 Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 14.1 Bericht der Verwaltung
- 14.2 Anfragen der Politik
- 14.3 Sonstiges

Öffentlicher Teil

- 15 Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Fragen aus der Sitzung des Planungsausschusses vom 14.06.2022

Frage: „Herr Hämisch bittet um Informationen zum Sachstand und zu möglichen Fördermitteln der beschlossenen Querungshilfe Mühlenstraße.“

Antwort: Um eine Querung einzurichten, ist die Verwaltung auf die Genehmigung des Landesbetriebs Verkehr (LBV) als Straßenbaulastträger angewiesen, da die Mühlenstraße eine Bundesstraße ist. Es wurde bereits ein Ortstermin mit dem LBV abgehalten, bei dem eine temporäre Querung abgelehnt wurde. Eine Anfrage zur dauerhaften Einrichtung einer LSA auf Höhe des Caudryplatzes wird zurzeit vorbereitet und soll im Laufe dieser Woche versendet werden. Dafür wurden vom Mobilitätsmanager der Stadt Wedel Verkehrszählungen durchgeführt, die in Kombination mit der Aufnahme des Themas in das Mobilitätskonzept, eine fachlich fundierte Anfrage und im Anschluss den Antrag zu Einrichtung ermöglichen. Die Querung werde an Bedeutung gewinnen, wenn die Fuß-/Radwegeverbindung im Rahmen des Bebauungsplanes 76 umgesetzt wird.

Frage: „Herr Malsch bittet - verbunden mit dem Hinweis, dass die Politik und die Stadt für die Bürger*innen da sein sollten - um Beantwortung der Frage, welche, auch rechtlichen, Möglichkeiten die Bürger*innen noch hätten, das Bauprojekt Wedel Nord zu stoppen.“

Antwort: 1. Über Selbstverwaltungsaufgaben der Stadt können Bürgerinnen und Bürger einen Bürgerentscheid beantragen. Dabei handelt es sich um ein Bürgerbegehren. Das Bürgerbegehren ist in der Gemeindeordnung geregelt, in § 16g.

Über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens entscheidet die Kommunalaufsicht beim Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport. Für ein Bürgerbegehren müssen verschiedene Voraussetzungen erfüllt sein. Insbes. muss eine zur Entscheidung zu bringende Frage gestellt werden. Das Ministerium berät gerne über die rechtlich zulässige Frage.

2. Auch der Rat kann beschließen, dass die Bürgerinnen und Bürger über eine Selbstverwaltungsaufgabe „selbst“ entscheiden durch einen Bürgerentscheid.

3. Darüber hinaus kann im Rahmen der Bauleitplanung ein Bürgerentscheid über einen Aufstellungsbeschluss stattfinden. Bislang ist ein Aufstellungsbeschluss nicht gefasst. Über weitere Entscheidungen in der Bauleitplanung findet ein Bürgerentscheid nicht statt. Die Durchführung der Bauleitplanung fällt weiterhin in die ausschließliche Entscheidungskompetenz des Rates.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Herr Burmester verliest drei von Herrn Volk vorab eingereichte Fragen.

Frage: Wann liegt das in 2017 vom Planungsausschuss beschlossene gesamtträumliche Konzept für den Ortseingang Wedel Nordwest vor?

Antwort: Ende 2017 wurden mit der Fachhochschule Lübeck und insgesamt fünf Studentengruppen Entwürfe geplant, diese wurden den Mitgliedern des Planungsausschusses zur Kenntnis gebracht. Der Fachdienst Stadt- und Landschaftsplanung wird im Frühjahr 2023 die Ansätze aufnehmen und Ideen entwickeln, wie die Gestaltung des nordwestlichen Stadteingangs inklusive der Anbindung einer Verbindungsstraße, der Fläche des möglichen B-Planes 27d und der Dreiecksfläche zwischen Holmer Straße und Aschopstwierte städtebaulich vorstellbar wäre.

Frage: Ist die Vorhaltung der Flächen in 27d für eine zeitnahe Bebauung mit sozialem Wohnraum, Vorstellung im Planungsausschuss am 04.05.2021, noch erforderlich?

Antwort: Bereits in der angesprochenen Sitzung haben Verwaltung und Politik sich positio-

niert, dass die Entwicklung von Wedel Nord derzeit Vorrang habe. Für eine Bebauungsmöglichkeit im Bereich 27d ist eine Regionalplanänderung mit Verschiebung der Abgrenzungslinie erforderlich. Diese liegt noch nicht vor. Im Anschluss müssten die Eigentumsverhältnisse in dem Bereich geklärt werden. Für eine mögliche Bebauung müssten dann ein Bebauungsplanverfahren, eine Flächennutzungsplanänderung und eine Anpassung des Landschaftsplanes beschlossen werden.

Frage: Warum wurde das Einvernehmen der Gemeinde für eine temporäre Nutzung der erhaltenswerten Gebäude in einem Verfahren verweigert?

Antwort: Das genannte Gebäude liegt im Außenbereich. Dies ist hinsichtlich der Genehmigungsfähigkeit ein äußerst sensibler Bereich, die beantragte Nutzung war nicht genehmigungsfähig.

Frau Speicher stellt sich vor und berichtet von Ihren Erfahrungen als Trainerin und Mutter über mangelhafte Trainingsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen im Bereich des Hallensports, in ihrem Fall des SC Rists. Sie bittet die Politik um Auskunft, was hinsichtlich einer Verbesserung unternommen wird und warum mit den Planungen für Wedel Nord fortgefahren werde, obwohl bereits die IST-Situation für die Wedeler*innen nicht ausreichend ist.

Der Vorsitzende verweist darauf, dass der erste Teil der Frage in die Zuständigkeit des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport fällt.

Hinsichtlich Wedel Nord erläutert Herr Grass, dass im beschlossenen Rahmenplan ein Schulstandort inklusive einer 1-2-Felder-Sporthalle vorgesehen sei. Für die genauere Planung müssten jedoch die weiteren Entwicklungsschritte abgewartet werden.

Die FDP-Fraktion ergänzt, dass genau auf Grund der Notwendigkeit der raschen Lösung - insbesondere für die Grundschulen - die Politik einen separaten Bebauungsplan für den Schulstandort unabhängig von den Bebauungsplanverfahren Wedel Nord beschlossen habe. Dies führe zu einer Beschleunigung des Verfahrens.

Der Jugendbeirat berichtet von Erfahrungen am Johann-Rist-Gymnasium, wo der jetzige Bedarf bereits nicht mehr gedeckt sei.

Herr Malsch dankt für die Beantwortung der Frage aus der letzten Sitzung. Er hat jedoch noch Nachfragen bezüglich der Aussagen der letzten Sitzung, dass sich Wedel Nord finanziell rechne und die große Nachfrage der Wedeler*innen nach Wohnraum bediene. Es stelle sich die Frage, wie der Wohnraumbedarf der Wedeler*innen ermittelt werde und sichergestellt werden könne, dass auch Wedeler*innen in Wedel Nord einziehen werden. Aus seiner Sicht müssten Fragen wie Sportstättenbedarf, Flächenversiegelung, ÖPNV-Anbindung und Verkehrssituation vorab und nicht im Nachhinein geklärt werden.

Der Vorsitzende weist auf die Begleitbeschlüsse zum Rahmenplan Wedel Nord hin, die genau die Punkte aufgreifen und später in der Tagesordnung besprochen werden. Zudem sei eine weitere Informationsveranstaltung hin Hinblick auf den 1. Bauabschnitt vorgesehen. Der Wohnraumbedarf sei umfänglich untersucht worden.

Herr Wuttke ergänzt, dass die Politik im Rahmen einer Arbeitsgruppe „Wohnungswirtschaftlicher Dialog“ der Wohnraumbedarf in Wedel bereits vor 5 Jahren als sehr hoch eingeschätzt hat, dieser sei im Laufe der Zeit sicherlich nicht geringer geworden. Es sei jedoch sinnvoll, im Rahmen einer AG Wedel Nord zu beraten und mit den Investoren zu besprechen, ob und wie die Berücksichtigung von Wedeler*innen bei der Wohnraumvergabe in Wedel Nord erfolgen könnte.

Die FDP-Fraktion erläutert, dass vor längerer Zeit anhand eines größeren Projektes in Wedel mit dem Investor die Herkunft der Zuzüge geprüft wurde und es sich fast ausschließlich um Wedeler*innen gehandelt habe. Über verschiedenste Faktoren wurde ein Bedarf von 2.800 Wohnungen bis 2030 ermittelt, der weder durch Nachverdichtung, noch durch Wedel Nord gedeckt werden kann. Dennoch sei nicht gesagt worden, dass sich Wedel Nord für die Stadt Wedel „rechne“, aber die fiskalische Wirkungsanalyse hat keine Hinweise auf eine ökonomische Belastung der Stadt ergeben. Inwieweit sich aktuelle Trends (Rückzug aufs Land, Homeoffice durch Corona, etc.) auswirken, sei aber noch nicht eingeflossen.



Nach Ansicht der WSI-Fraktion fußte die fiskalische Wirkungsanalyse noch auf mittlerweile überholten Rahmenbedingungen. Beispielsweise sei von der Finanzierung der Umgehungsstraße aus Bundesmitteln ausgegangen, ebenso sei die desolate Schul- und Kita-Situation und die kommende Ganztagsbetreuung an Schulen nicht berücksichtigt worden. Die daraus resultierenden Kosten durch den Zuzug aus einer Millionenstadt seien insbesondere vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltssituation der Stadt Wedel nicht aufzufangen. Zudem sei es nicht zeitgemäß, eine solch große Fläche angesichts der Klima- und Energiekrise und den sich häufenden Starkregenereignissen zu überplanen.

Angesichts der mehrstimmigen Hinweise auf den Ablauf des Zeitrahmens der Einwohnerfragestunde spricht sich die Fraktion Die Linke dafür aus, allen anwesenden Bürger*innen die Gelegenheit zu geben, ihre Fragen zu stellen und Kulanz bezüglich des Zeitrahmens walten zu lassen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass dies in der Vergangenheit bereits immer so praktiziert worden sei. Allerdings sehe die Geschäftsordnung einen gewissen Zeitrahmen (30 Minuten) und ein geregeltes Verfahren vor, an das sich auch mit Rücksicht auf die geladenen Gäste für die restlichen Tagesordnungspunkte einer Sitzung grundsätzlich zu halten sei. Die letzte Einwohnerfrage wird jedoch noch zugelassen.

Herr Lieske (für den ADFC) bezieht sich auf den später zu besprechenden Unfallbericht und fragt, ob das Radfahren auf dem Gehweg wie in den Vorjahren eine der Hauptunfallursachen gewesen sei. Zudem möchte er wissen, ob konkrete Maßnahmen zur Prävention geplant seien, wie beispielsweise das aufzeichnen großer Fahrradsymbole auf die Fahrbahn an exponierten Unfallstellen. Außerdem wird darum gebeten, die Zahlen der Verkehrszählung bezüglich der Querung Mühlenstraße (siehe TOP 1.1) in das Protokoll aufzunehmen. Herr Grass gibt an, dass ihm konkrete Maßnahmen hinsichtlich des kombinierten Fahrens auf dem Gehweg derzeit nicht vorliegen, dies aber im Zuge des Mobilitätskonzeptes überlegt werden kann.

2 Anhörung der Beiräte

Die Beiräte haben nichts zu berichten.

3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 14.06.2022

Beschluss:

Der öffentliche Teil des Protokolls wird ohne Einwände genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	11	0	0
CDU-Fraktion	4	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	1	0	0
FDP-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion Die Linke	1	0	0



4 Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein und Stiftung Lebensraum Elbe; hier: Vorstellung ihrer Tätigkeiten in Wedel**MV/2022/053**

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen. Der Vorsitzende begrüßt die Vertreter*innen der Stiftungen Naturschutz Schleswig-Holstein und Lebensraum Elbe, die im Anschluss ihre Präsentationen vorstellen (TOP 4.1 und 4.2).

Im Anschluss der Präsentationen dankt die FDP-Fraktion für die Vorstellung der beiden großen Stiftungsprojekte. Es sei jedoch die Ungeduld gewachsen, Fortschritte hinsichtlich der Umsetzung von Projekten in der Marsch zu erkennen oder alternativ von Zwischenständen berichtet zu bekommen. Die hunderte von Hektar Marsch müssten intensiv unter Klima- und Biodiversitätskriterien betrachtet werden, auch wenn eine große Naturschutzlösung durch die unterschiedlichsten Eigentumsverhältnisse schwierig zu erreichen ist. Allerdings habe sich die Ausgangslage hinsichtlich der Umsetzbarkeit von Maßnahmen verbessert (Umbauarbeiten am Aue-Sperrwerk abgeschlossen, allgemein größeres Verständnis und Zustimmung zur Förderung der Biodiversität und Minderung des Klimawandels). Es wird die Frage gestellt, ob Interesse der Stiftungen besteht, für ihre Projekte Flächen der Stadt in der Marsch und anderswo anzukaufen. Die Vertreterinnen der Stiftungen erklären, dass man sich hierzu in einem engen Austausch mit der Verwaltung und miteinander befindet.

4.1 Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein

Frau Ojowski stellt anhand einer Präsentation die Arbeit der Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein insbesondere in Stadt Wedel vor und gibt Auskunft zum Umsetzungsstand der Maßnahmen. Die Präsentation ist als Anlage zur Sitzung im Bürgerinformationssystem verfügbar. Es werden keine Rückfragen gestellt.

4.2 Stiftung Lebensraum Elbe

Frau Dr. Klocke stellt anhand einer Präsentation die Arbeit der Stiftung Lebensraum Elbe und den Auftrag zur ökologischen Aufwertung der Tideelbe vor. Die Präsentation ist als Anlage zur Sitzung im Bürgerinformationssystem verfügbar. Auf Nachfrage erläutert sie, auf Grund welcher äußeren, unbeeinflussbaren Faktoren die Maßnahmen aus der Machbarkeitsstudie 2017 bisher nicht oder nur unzureichend umgesetzt werden konnten. Zumindest konnte nun nach einem langen Zeitraum der Grundstückstausch mit der Kirche, der für die Umsetzung notwendig war, endlich vollzogen werden. Die Planung wird mit zwei Teams vor Ort fortgeführt. Bezüglich der Räumung des Geländes des Vereins MBCS ergänzt Frau Maylahn, dass es eine Vereinbarung gab, nach der das Gelände oberflächennah geräumt werden musste. Die Stege wurden aus dem Fluss gezogen und abgelagert. Somit gilt der Rückbau seit 2018 als abgeschlossen. Es wurde sich zwischen allen beteiligten Behörden auf diese kostengünstige Lösung geeinigt, da so kein Schaden von dem Gelände mehr ausgeht.

5 Präsentation Sachstand Machbarkeitsstudie Stadthafen Wedel

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Wedepohl vom Büro Project M und erinnert an den politischen Auftrag für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur Nutzung des Stadthafens Wedel. Herr Wedepohl stellt anhand einer Präsentation die Ausgangssituation, den Entwicklungsweg und das Ergebnis vor. Die Präsentation ist als Anlage zur Sitzung im Bürgerinformationssystem verfügbar. Im Anschluss gibt der Bürgermeister eine Stellungnahme ab, die ebenfalls als Anlage zur Sitzung beigelegt ist. Abschließend fügt er hinzu, dass die Erwartungshaltung der Bevölkerung groß sei. Bevor jetzt in die Planung eingestiegen werde, müsse eine Finanzplanung aufgestellt werden, die auch die Wintermonate berücksichtige. Die SPD-Fraktion bittet darum, zum jetzigen Zeitpunkt nicht in die Diskussion über Details wie die Anzahl der Boote einzusteigen. Für das Gesamtkonzept wird ein Zeitrahmen von ca. 10 Jahren gesehen. Hier sei vielmehr für die Politik ein Bouquet an Möglichkeiten vor-

gelegt worden, die nun priorisiert werden müssten. Selbstverständlich müsse dann geprüft werden, welche Kosten mit den einzelnen Punkten verbunden sind. Es sei viel erreicht, dass nun ein Konzept einer neutralen Stelle vorgelegt werde und kein Investorenkonzept mit Eigeninteressen.

Herr Wuttke merkt an, dass ein Konzept für das Hafenbecken in einen größeren Raum eingebettet werden müsse, es sei nichts darüber gesagt worden, was auf den Molen passiere. Bezüglich der Idee, dass die Stadtwerke das Hafenmanagement übernehmen, müssten auch die Stadtwerke befragt werden. Eventuell würde dann ein weiterer Zuschuss der Stadt notwendig werden.

Bezüglich der Molen und des Hafenraums erläutert Herr Wedepohl, dass im ausführlichen Bericht selbstverständlich darauf eingegangen werde, jedoch in der Präsentation das Hafenbecken im Focus stand. Er berichtet, dass bereits Gespräche mit den Stadtwerken geführt wurden. Diese seien grundsätzlich offen für die Idee, es sei jedoch eindeutig, dass die Kommune ein eventuelles Defizit ausgleichen müsse. Hier wären Gedankenspiele zu den Parkplatznutzungsgebühren im Hafenbereich möglich. Derzeit kann keine Aussage zu der Höhe eines möglichen Defizits gemacht werden. Dazu müssten zuerst politische Entscheidungen, z.B. zur Schlengelanlage und zum Traditionshafen, getroffen werden. Auch wenn es Richtwerte und Erfahrungswerte aus anderen Häfen gebe, kann lediglich relativ verlässlich gesagt werden, dass es ein Defizit geben wird. Konkrete Zahlen könnten weder er (dies sei auch nicht Teil der Ausschreibung) noch ein anderes Büro zu diesem Zeitpunkt liefern.

Herr Kaser merkt an, dass aus seiner Sicht zu einer Machbarkeitsstudie auch eine vorherige betriebswirtschaftliche Berechnung gehöre. Er lehne nicht das vorgestellte Konzept ab, aber diese Berechnung müsse vor einer Entscheidungsfindung vorliegen.

Auf Nachfrage ergänzt Herr Kaser, dass diese Berechnung nicht zwingend von Herrn Wedepohl vorgelegt werden müsse, das sei zu prüfen. Essentiell sei jedoch, dass ohne diese Berechnung keine Entscheidung getroffen werden sollte.

Die FDP-Fraktion fragt nach dem weiteren Vorgehen. Wie die SPD-Fraktion bereits angemerkt habe, müsse nicht das Gesamtkonzept in einem großen Wurf umgesetzt werden, vielmehr gebe es eine Modularität. Es könne mit einem Schlengel mit 15-20 Liegeplätzen zuzüglich dem eigenen Bedarf (z.B. Feuerwehr) begonnen werden. Hierfür könne einen Betrag ermittelt werden. Anschließend könnte mit Interessenten für den Bereich Traditionshafen über eine Beteiligung an den Investitionskosten verhandelt werden. Alles Weitere sollte erst nach Fertigstellung der Ostmole beraten, aber jetzt mit einer kleinen Variante begonnen werden.

Die SPD-Fraktion weist darauf hin, dass die heutige Diskussion über Einzelheiten zu früh erfolgt, vorab sollte in den Fraktionen beraten werden können.

Der Vorsitzende spricht sich dafür aus, die Details des weiteren Vorgehens nach den Fraktionsberatungen und der Rückmeldung im Planungsausschuss in der AG Hafen vorzubereiten. Aus seiner Sicht ist lediglich das Kulturhaus eine neue Überlegung, die Schlengelanlage ist bereits mehrfach angedacht worden. Die Einschätzung, dass kein Bedarf für mehr als 20 Liegeplätze bestünde, überrasche jedoch und wird nicht geteilt.

Herr Wedepohl erläutert, dass der benachbarte Hamburger Yachthafen freie Kapazitäten hat und im Gegensatz zum Wedeler Hafenbecken einen ruhigen Rückzugsort bietet. Die Nachfrage nach Liegeplätzen im direkten Blickfeld der Nutzer*innen des Hafenumfeldes sei begrenzt.

Die WSI-Fraktion erinnert an die anstehende, gemeinsame Beratung zur Haushaltskonsolidierung. Wenn feststehe, dass der Hafen neben den Investitionskosten mehr Ausgaben als Einnahmen verursachen wird, müsse als Stadt vorab festgelegt werden, welcher Betrag hierfür zur Verfügung stehen könne. Und anschließend geprüft werden, was von diesem Betrag finanzierbar sei. Die Reihenfolge, erst die Wünsche festzulegen und dann zu schauen, wie das finanzierbar sei, sei schlicht falsch.

Die CDU-Fraktion möchte gemeinsam beraten, was denn die Ziel-/Wunschvorstellung ist. Wenn sich dann bei der Prüfung der Kosten herausstellt, dass nicht alles finanzierbar ist, müsse eben auf einzelne Punkte (vorerst) verzichtet werden.



Die SPD-Fraktion weist die Unterstellung der WSI-Fraktion, es würde sich nicht um die finanzielle Situation gekümmert, entschieden zurück. Es müsse auch beachtet werden, dass zur Umsetzung des Sanierungsziels und zur Vermeidung von Rückforderungen ein Konzept für den Hafen aufgestellt werden muss.

Die WSI-Fraktion erwidert, dass dies allen bewusst sei, dennoch müssten mögliche zukünftige laufende Ausgaben für den Hafen gegen die anderen Bedarfe der Stadt abgewogen werden.

Der Jugendbeirat weist auf die begrenzten Parkmöglichkeiten für PKW und Fahrräder am Hafen hin. Da es auch keine Fährverbindung gebe, müsse über die Bewältigung der Besucher*innenströme nachgedacht werden.

Der Vorsitzende bittet die Verwaltung, den ausführlichen Bericht zur Machbarkeitsstudie an die Mitglieder des Planungsausschusses und Vertreter*innen der Beiräte zu versenden und in der September-Sitzung einen TOP zur Rückmeldung aus den Fraktionen und gegebenenfalls Sammlung von Ideen über das weitere Vorgehen auf die Tagesordnung zu setzen.

6 Verkehrssicherheitsbericht 2021

MV/2022/051

Herr Lassen von der Polizei Wedel stellt den Verkehrssicherheitsbericht anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation ist als Anlage zur Sitzung im Bürgerinformationssystem verfügbar.

Die WSI-Fraktion hat aus der Bevölkerung die Rückmeldung erhalten, dass dieses Jahr die Absperrungen anlässlich der Cyclastics teilweise nicht eindeutig geregelt waren, wodurch es zu unglücklichen Situationen gekommen sei.

Herr Lassen bestätigt, dass dieses Jahr der Ablauf vereinzelt durch verspätete Subunternehmer des Veranstalters und Kommunikationsschwierigkeiten nicht reibungslos funktioniert habe. Die Polizei habe daher an neuralgischen Punkten unterstützt. Die Regelung der Gorch-Fock-Straße sei jedoch immer eine schwierige Aufgabe, insgesamt sei jedoch alles reibungslos verlaufen.

Die Fraktion Die Linke dankt für den vorliegenden Bericht und fragt, ob und in welchen Bereichen sich die Polizei Unterstützung von der Politik wünschen würde.

Herr Lassen verneint diese Frage. Wenn sich bestimmte Unfallschwerpunkte ergeben würden, die die Vorgaben der entsprechenden Verordnung erfüllen würden, könnte die Verkehrsbehörde reagieren. Solche Schwerpunkte liegen jedoch derzeit nicht vor.

Die SPD-Fraktion bittet um Einschätzung der Polizei zu dem in der Politik beratenen, aber nicht beschlossenen Vorschlag, für das gesamte Stadtgebiet Tempo 30 anzuordnen.

Herr Lassen sieht derzeit keine aus verwaltungsrechtlichen Gründen keine Möglichkeit, eine solche Forderung umzusetzen, hier müsse die übergeordnete Politik auf Bundes- und Landesebene tätig werden. Sicherlich wären die Anzahl und die Schwere der Verletzungen bei einem Unfall mit Tempo 30 deutlich geringer als bei Tempo 50. Allerdings müsse dann auch geklärt werden, wie eine solche Geschwindigkeitsbegrenzung umgesetzt und vor allen Dingen überwacht werden könnte.

Der Seniorenbeirat möchte wissen, wie die regelwidrige Nutzung der Fußwege durch Radfahrer und die damit einhergehende Gefährdung der Fußgänger verhindert werden kann.

Herr Lassen erläutert, dass die Stadt lediglich Eingriffsrechte für den ruhenden Verkehr hat, solche Sachverhalte als der Polizei unterliegen. Es gebe jedoch keine Möglichkeit, alle Bereiche umfassend im Blick zu behalten. Im Einsatz sind derzeit für den Bereich Wedel und Uetersen drei Funkstreifenwagen, am Wochenende vier.

Der ADFC sieht die Radfahrer als Hauptunfallbeteiligte, auch wenn die Zahlen insgesamt erfreulicherweise rückläufig seien. Herr Lassen bestätigt dies, allerdings seien häufig auch PKWs beteiligt, die Schuldfrage verteile sich ungefähr 50:50.

Nach einem Hinweis auf den regelwidrigen gegenläufigen Radverkehr auf dem Radweg zwischen der B431 und der Stadtparkasse wiederholt Herr Lassen, dass das Ordnungsamt hier nicht tätig werden kann, da es sich nicht ruhenden Verkehr handelt. Letztlich wird es trotz Schulungen an den Wedeler Schulen und allen Hinweisen und Beschilderungen immer Menschen geben, die sich nicht an die Regeln halten. Es könne keine dauerhafte Kontrolle ge-

ben.

Der Vorsitzende dankt für den Bericht und hebt die insgesamt rückläufige Entwicklung der Unfallzahlen hervor. Er verabschiedet Frau Hans und Herrn Lassen, die auf Grund anstehender Ruhestandeeintritte letztmalig den Verkehrssicherheitsbericht im Planungsausschuss vorgestellt haben.

-
- | | | |
|----------|---|--------------------|
| 7 | neue Haltestelle (Busbucht) an Pinneberger Straße Höhe Egernkamp (ggü. Fahrenkamp) für neue Buslinie 395 - Sachstand | MV/2022/055 |
|----------|---|--------------------|

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

-
- | | | |
|----------|---|--------------------|
| 8 | Anfrage FDP-Fraktion vom 01.07.2022
hier: Beantwortung der Fragen zum Thema "Wedeler Marsch und Autal" | MV/2022/058 |
|----------|---|--------------------|

Die FDP-Fraktion erläutert, dass sie um Beantwortung der Fragen vor der Klimaschutzkonferenz gebeten hat. Dies betreffe nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Fraktionen und der Umgang mit der Marsch und dem Autal sei zweifelsfrei klimarelevant, zumindest dort, wo es um den Einfluss der Kommunen ginge.

Der Verwaltung wird für die sachliche umfassende Beantwortung der Fragen gedankt, diese wird die künftige Debatte um die Marsch und das Autal vereinfachen. Es wird mit Spannung die Beantwortung der verbliebenen Fragen in den nächsten Sitzungen erwartet.

-
- | | |
|----------|---|
| 9 | Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel" |
|----------|---|

9.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung

Der Vorsitzende weist auf die Einladung der Planungsausschussmitglieder und weiteren Interessierten der Fraktionen am 05.09.2022 um 17:30 Uhr zur Vorbereitung der nächsten Planungsausschusssitzung hin. Die Mitglieder der Hafen-AG hatten sich dafür ausgesprochen, die technische Präsentation über die Varianten der Spundwandsanierung für die Fraktionsberatungen in diesem Rahmen zu halten. Beraten und beschlossen werden soll über die Maßnahme dann am 20.09.2022.

Die FDP-Fraktion bittet um Auskunft zu der geplanten Bepflanzung der Ostpromenade. Durch die derzeit laufenden Bauarbeiten im ersten Abschnitt sei bereits erkennbar, an welchen Stellen die Bäume (laut Auskunft Silberweiden) gepflanzt werden sollen. Diese würden jedoch vermutlich so groß werden, dass die Sicht durch die Glaskante der Flutschutzmauer auf den Hafen und Elbe verdeckt werden würde.

Herr Grass erläutert, dass die Bäume in aufgeschütteten Sand gepflanzt werden und somit keine idealen Bedingungen vorfinden würden, um ihre maximal Wuchshöhe zu erreichen. Stellenweise sei es jedoch möglich, dass der Elbblick der umliegenden Wohnungen partiell eingeschränkt wird.

Die SPD-Fraktion bittet darum, das Grünkonzept für die Bepflanzung der Ostpromenade im Planungsausschuss vorzustellen. Auf den bekannten Bildern seien die Bäume sehr klein eingezeichnet gewesen.

Herr Grass sagt zu, einen Plan für die Begrünung an die Mitglieder des Planungsausschusses zu verschicken. Vorgesehen sei die Pflanzung von zwei Baumarten. Auf Grund der gegebenen Standortssituation sei nicht jede Sorte geeignet. Bei der Befestigung des aufgeschütteten Hangs werden Matten verbaut und Rollrasen aufgebracht, um schnell einen grünen Charakter zu erhalten und die Fläche gegen Hochwasser zu schützen. Nach einem Hinweis der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen auf die Schäden im Bereich Schnalles Hafen nach der letzten Sturmflut verweist Herr Grass darauf, dass sich die beauftragten Ingenieure inten-

siv mit dem Thema beschäftigt haben. Die Anlage wird bestmöglich und nach aktuellen Erkenntnissen gesichert, aber bei Naturereignissen kann prinzipiell nichts 100% ausgeschlossen werden. Die SPD-Fraktion bestätigt, dass die Fachleute bei entsprechenden Rückfragen immer Flutsicherheit zugesagt haben, als Laie müsse dies hingenommen werden. Die Fraktion Die Linke bittet um Auskunft zu den Anfragen bezüglich der Nutzung des Traditionsanlegers und ob Ausnahmen von den Bedingungen des Fördermittelgebers möglich seien. Es gab vor einiger Zeit eine Anfrage über die Fraktion, die von der Verwaltung abgelehnt wurde, da diese längerfristige Nutzung fördermittelschädlich gewesen wäre. Herr Grass wird die Anzahl der Nutzer beim zuständigen Fachdienst erfragen und in der nächsten Sitzung mitteilen. Die bisherigen Nutzungen beschränkten sich auf Stunden, maximal Tage. Bei einer längerfristigen Nutzung (z.B. 2 Monate) müsste vorab mit dem Fördermittelgeber Rücksprache gehalten werden.

10 Wohnungsbaugelbiet Wedel Nord

10.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung zum Bauprojekt

Derzeit werden Gespräche mit den Investoren über die notwendigen Verträge (Kostenübernahme und Grundsätze der Bodennutzung) und die das geplante Bebauungsplanverfahren geführt.

10.2 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung zur Umsetzung der Begleitbeschlüsse zum Rahmenplan

Die Verwaltung hat eine Übersicht über die Beschlüsse im Zusammenhang mit dem Rahmenplan für Wedel Nord an die Mitglieder des Planungsausschusses verschickt. Insgesamt sind es 14 Beschlüsse, wovon sechs als Begleitbeschlüsse bezeichnet wurden.

Die FDP-Fraktion berichtet von einer Ausschreibung der Stadt für die Planung der S-Kurve, die für die Verbindungsstraße notwendig werde und möchte die Voraussetzungen für die S-Bahn-Unterführung klären.

Herr Grass erläutert, dass der zuständige Fachdienst die Planungsleistung für den laut vorhandenen Bebauungsplan vorgesehene S-Kurve ausgeschrieben hat. Die Verbindungsstraße gehöre eher zur Planung des nordwestlichen Stadteingangs. Bezüglich der Unterführung der S-Bahn im Autal möchte er darauf hinweisen, dass dieser Eingriff in das Autal (Natura2000-Gebiet) und die Auswirkung dessen gut überlegt werden sollte. Das Stadtbild würde an dieser Stelle durch die notwendigen Böschungen und Wände extrem verändert, bedingt durch die Gefälle-Situation von der B431 zur Aue.

Dies sei eine persönliche Ansicht, die Verwaltung habe zu dieser Maßnahme keine offizielle Position, sondern verfolge lediglich die Aufträge der Politik.

Die FDP-Fraktion kann dieser Ansicht in Teilen zustimmen, bisher sei auch die neue Ausgangslage durch die Nicht-Verlegung der Bundesstraße nicht bedacht worden. Es müsse geprüft werden, was sich an den bisherigen Planungen verändere und ob auch eine Verbesserung der Stau-Situation durch Modernisierung der Bahnanlagen geschaffen werde könne. Es wird darum gebeten, eine Sitzung der AG Wedel Nord einzuberufen und dieses Thema zu beraten.

Die aufgelisteten Beschlüsse werden in einer Mitteilungsvorlage in der nächsten Sitzung vorgelegt, um Einigkeit über die demnächst per mündlichen Sachstand zu berichtenden Punkte zu erzielen.

11 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

11.1 Bericht der Verwaltung

Herr Grass berichtet, dass die Stadt für die neuen Fahrradbügel am Spitzerdorfer Marktplatz eine Förderung von über 15.000 erhalten hat.

Das ehemalige Spritzenhaus der Feuerwehr in der Pinneberger Straße 9 ist als Kulturdenkmal eingestuft worden.

Die Beratung der Abwägung der Stellungnahmen zum Entwurf des 5. Regionalen Nahverkehrsplans sind im Kreispinneberg für die Ausschusssitzung am 30.08. und die Kreistagsitzung am 31.08.2022 vorgesehen.

Bezüglich der verabredeten Präsentation der Freiraumplanung im Bereich des Business-Parks wird besprochen, dass die Vorstellung der jetzt bereits durchgeführten Arbeiten nicht zielführend ist, vielmehr sollen die weiteren, noch anstehenden Planungen vorab im Planungsausschuss vorgestellt werden.

11.2 Anfragen der Politik

Herr Wuttke kündigt Nachfragen zu den in der letzten Sitzung erhaltenen Antworten bezüglich der Ver- und Entsiegelung von Flächen an, die er schriftlich mit der Verwaltung klären wird. Insbesondere stelle sich für ihn die Frage nach der Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften und ob eine Entsiegelungssatzung nach § 8 der LBO nicht doch möglich sei. Die SPD-Fraktion bittet um Auskunft, ob die vielen Aufbauten auf dem fertigen Elbcube rechtmäßig seien und ob es eine optisch ansprechendere Lösung geben könnte. Ferner habe man sich in der Fraktion intensiv mit der Schulsituation beschäftigt und rege an, am möglichen neuen Standort in Wedel Nord über ein Schulzentrum bis zum Abitur inklusive Sportstätten nachzudenken.

Der Jugendbeirat würde solche Überlegungen unterstützen, da das Gymnasium und die Gebrüder-Humboldt-Schule bereits jetzt an ihre Kapazitätsgrenzen stießen.

11.3 Sonstiges

Es werden keine Anfragen gestellt.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese um 21:45 Uhr für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

Öffentlicher Teil

15 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit um 21:59 Uhr wieder her. Im nichtöffentlichen Teil wurden keine Beschlüsse gefasst.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 22:00 Uhr.

Vorsitz:

gez. Burmester

Kay Burmester

Protokollführung:

gez. Matthies

Katrin Matthies

